

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

Anzeigenpreis für den Anzeiger Nr. 53 und Anzeiger Nr. 54 10 Pf. wöchentlich, wöchentliche Anzeigen 10 Pf. wöchentlich, Kellern-Anzeiger 10 Pf. wöchentlich, sonstige Anzeiger 10 Pf. wöchentlich.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 221

Sonntag, den 21. September 1924

19. Jahrgang

Deutschnationale Wünsche und Zugeständnisse.

In dem Bestreben, ihrer gespaltenen und etwas wirt durcheinander wogenden Partei den Eintritt in die Reichsregierung zu erzwingen und so unter Berufung auf diesen Erfolg die zerbrochene Einheit wieder zu stiften, wenden die deutschnationalen Führer und die deutschnationale Presse abwechselnd sehr verschiedenartige Mittel an. Soeben haben sie mit einem „Ultimatum“ gedroht und freundlich die „Vorflegung der parlamentarischen Beschlüsse“ angekündigt falls man ihnen keine Ministerstelle überlassen wolle, und unmittelbar darauf folgt auf dieses „gärende“ Draufgeißeln die Mißbilligung der frommen Denkart. Der deutschnationale „Berliner Sozialanzeiger“ teilt mit:

„Wir haben uns in deutschnationalen Kreisen erkundigt, ob der Partei ein Rücktritt des derzeitigen Kanzlers erwünscht wäre, und haben erfahren daß bei den Deutschnationalen keine Relingung besteht bei ihrem Eintritt in die Regierung eine Erlegung des Reichskanzlers Marx oder des Reichsaußenministers Dr. Stresemann durch andere Persönlichkeiten zu verlangen, allen Wert aber auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichskabinett legen. Das Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft, so ist die Partei bereit, sich mit der Formel Macdonalds in seiner Genfer Rede abzufinden, daß sich die Frage der Kriegsschuld erst in 50 Jahren endgültig werden lösen lassen. Das würde bedeuten daß Deutschland von der Kriegsschuld entlastet wäre. Dann darf es aber auch sonst nicht als Paria unter den anderen Nationen dastehen, und die uns entehrende Militärkontrolle muß aufhören.“

Wiso die Deutschnationalen, in deren Auftrag bekanntlich Herr Dergat am Tage vor der Abstimmung über die Dawes-Gesetze den Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Marx forderte, würden jetzt in ein Kabinett eintreten auch wenn Dr. Marx an der Spitze der Regierung bleibt. Ebenso wollen sie Stresemann als Minister des Aeußern akzeptieren, und sie sind sogar für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und finden sich, ohne weiter auf Erklärungen in der Kriegsschuldfrage zu drängen, mit der allgemeinen Formel Macdonalds ab. Alles für ein paar Ministerposten! Man kann, trotz allem, was die Deutschnationalen schon in dieser Art geleistet haben, die Mitteilungen des „Sozialanzeiger“ nur mit einiger Ueberraschung lesen, aber man wird sich diese Mitteilungen für alle Fälle merken müssen, besonders soweit sie sich auf die Frage des Völkerbundes und der Kriegsschuld beziehen. Die Deutschnationalen sollten aber begreifen, daß eine Partei, die am Morgen die schärfste und am Abend die mildeste Donart anwendet, und in der die Meinungen und Tendenzen so sehr durcheinandergehen, nicht gerade den Eindruck der Reife und Festigkeit macht. Die Resolutionen, die in den deutschnationalen Parteiverbänden gefaßt werden, verlangen Unentwegtheit bis zum äußersten, Verzicht auf Augenblickspolitik. Rücktritt des zu schwachen Herrn Dergat und in der deutschnationalen Presse schwärme man sich für das Verbleiben des Reichskanzlers Marx! Am 30. September sollen bekanntlich die deutschnationalen Parteidelegierten zusammenkommen. Es wird für die unbedeutenden Zuschauer interessant sein, zu sehen ob sie nun Herrn Dergat abgeben werden, wie das noch gestern Abend wieder die „Deutsche Zeitung“ forderte, oder ob sie sich für die jetzt verheißene Politik der Nachgiebigkeit entscheiden werden, mit der veralteten das bisherige Verhalten des Herrn Dergat ein Muster an Stillschweigen, Prinzipientreue und Festigkeit war.

Vor der entscheidenden Kabinettsitzung.

Berlin 19. Sept. In Erwartung der bevorstehenden wichtigen Entscheidungen haben fast alle Fraktionen des Reichstages für kommenden Sonntag zu Besprechungen ihre Führer nach Berlin berufen. Seitens der Regierungsparteien soll noch vor der entscheidenden Kabinettsitzung unter Vorsitz des Reichspräsidenten am Montag versucht werden, Einflußnahme auf die Entscheidungen zu gewinnen.

Bessern war der englische Botschafter längere Zeit im Auswärtigen Amt.

Von einer Ausdehnung der Regierung nach rechts ist es bis jetzt ganz still geworden.

Vor einer Auflösung des Reichstages?

Eine halbamtliche Information des „D.Z.“

Berlin 19. Sept. Die „D. Z.“ am Mittwoch“ gibt heute folgende, scheinbar auf Mitteilung von leitender Regierungsstelle beruhende, Angaben wieder: Die nächste Sitzung des Reichskabinetts, die bekanntlich am kommenden Dienstag bevorsteht, dürfte sich mit der Frage der Kriegsschuld befassen. Es ist anzunehmen, daß es sich dabei nur um eine Befürwortung des bisher bekanntgegebenen Standpunktes handeln wird, wonach die Abfindung der Rote bis auf weiteres unterbleiben und ein geeigneter Zeitpunkt abgewartet wird, um die Frage in Verbindung mit einem zweckmäßigen Anlaß zur Erledigung zu bringen. Den sachlichen Hauptgegenstand der Beratung wird der

Eintritt in den Völkerbund bilden, wobei aber auch mehr die Form, in der ein deutscher Antrag nach der inzwischen erfolgten Billigung mit Genf und den übrigen entscheidenden Hauptstädten erfolgen solle als die Frage an sich zur Erörterung stehen dürfte. Der Reichspräsidenten Jagen in bezug auf die unerläßlichen Voraussetzungen für den deutschen Eintritt befriedigende Auskünfte vor, so daß Deutschlands Eintritt im wesentlichen als gesichert gelten könne. Die dritte Frage, mit der sich das Kabinett wohl nicht mehr in der gleichen Sitzung, aber nach Wiederaufnahme seiner gemeinsamen Arbeiten zu befassen habe, betreffe

Die parlamentarische Lage.

Da den weitgehenden Forderungen der Deutschnationalen auch von dem Bürgerblock willigeren Mitgliedern der Koalition scheinbar nicht entgegen werden könne und der am 30. d. M. bevorstehende Vertretertag der Deutschnationalen die Beschlüsse maßgebende Ministerliche oder schärfste Opposition! maßgebend feststellen werde, so würde die Regierung bei Wiedereröffnung des Reichstages in der ersten Oktoberhälfte ein vollkommen arbeitsunfähiges Haus vorfinden. Es sei deshalb wenn auch noch nicht feststehend, so doch nicht unwahrscheinlich, daß das Kabinett sich die nötigen Vollmachten zur Auflösung des Reichstages sichern, um einer etwaigen Obstruktion sofort mit diesen Maßnahmen entgegenzutreten zu können.

Ruhr-Räumung schon Ende Dezember?

Düsseldorf 19. September. Der Besatz Gelsenkirchen ist zu zwei Dritteln geräumt. Die Zurücknahme der Besatzungsarmee aus Duisburg soll im letzten Drittel dieses Monats erfolgen. Die Belgier haben bereits die Wohnungen zum 5. Oktober geräumt. Auf dem Besatzungscommando in Düsseldorf rechnet man mit einem Abschluß der Ruhr-Räumung schon für Ende Dezember oder Anfang Januar, während die Verpfändung zur Bewahrung des Eisens für Mitte 1925 in London eingegangen werden ist.

Die militärische Kontrolle.

Genf 19. Sept. Die ständige beratende Völkerbunds-Kommission für militärische Fragen arbeitet im Auftrage des Rates einen Vorschlag für die ständige militärische Kontrolle Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens, sowie einen gleichen Vorschlag für Deutschland aus. Danach können die Mitglieder des Völkerbundsrates sowie die Nachbarstaaten der zu kontrollierenden Staaten Vertreter ernennen, aus denen der Völkerbundsrat eine Kontrollkommission zusammensetzt, die in die betreffenden Staaten gesandt werden kann. Die „besetzten Staaten“ haben kein Recht zur Ernennung von Vertretern. Sonach könnte die Schweiz als Nachbar Deutschlands aufgefördert werden, einen Vertreter in die Kontrollkommission zu senden. Der Rat wird sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem Entwurf befassen.

Die abgewiesene Saarbeswerde.

Frankreich behält seine Truppen im Saarland.

Genf 19. Sept. Alle in der heutigen Sitzung behandelten Saarfragen, mit Ausnahme der reinen Verwaltungsangelegenheiten, der Ernennung von Stellvertretern für die Mitglieder der Regierungskommission gingen auf die Beschwerdennoten der Reichsregierung an den Völkerbund zurück. Keine der Fragen wurde im Sinne der deutschen Wünsche gelöst.

Zu der wichtigen Frage des Abzuges der Dolmetschermiliz und der Abschaffung der französischen Besatzung gab Salandra die Antwort, daß, solange nicht 8000 Gendarmen im Saargebiet vorhanden seien, man zur Aufrechterhaltung der Ordnung die französischen Truppen nicht entziehen könnte.

Deutsch-belgischer Handelsvertrag.

Wirtschaftsverhandlungen in Berlin.

Zu Ehren der belgischen Delegation, die sich bekanntlich zum Abschluß von Handelsvertragsverhandlungen in Berlin aufhält, gab der Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch Abend ein Essen. Der Einladung waren außer der belgischen Delegation unter Führung des belgischen Gesandten in Berlin und dem diplomatischen Vertreter Luxemburgs in Berlin der Finanzminister Dr. Luther, Staatssekretär Frhr. von Malahn, Botschafter v. Doehs, Ministerialdirektor von Stockhammer sowie führende Persönlichkeiten der deutschen Bankwelt und Industrie gefolgt. Reichsaußenminister Dr. Stresemann begrüßte die belgische Delegation mit dem Wunsche, daß ihre Arbeiten zu einem gedeihlichen Erfolge führen möchten. Er hob hervor, daß ihren Verhandlungen eine ganz besondere Bedeutung zukomme, da sie die ersten Verhandlungen seien, um die wirtschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen Deutschlands zu seinen westlichen Nachbarn auf eine gesunde Basis zu stellen. Mit den Verhandlungen begänne ein wesentlicher Teil der Ausführung des Sachverständigenausschusses, das, von dem Grundsatze der Gleichberechtigung ausgehend, die gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Welt erfolgen könne. Belgien habe schon vor der Abschaffung des Embargos durch die in keinem Graubunde zusammengefaßten Vorschläge wertvolle Vorarbeiten für die Regelung der Reparationsfrage geleistet.

Auslieferung des Erzberger-Mörders? Aus Budapest wird gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft die Auslieferung von Förster-Schulz beantragt wird, da die in Betracht kommenden Bestimmungen nur diejenigen Mordtaten als politische Verbrechen bezeichnen die im Interesse einer revolutionären Bewegung unternommen werden, nicht aber aus politischer Antipathie oder aus Haß.

Die Amerikafahrt des „Z. R. 3“ verschoben.

Berlin 19. Sept. Wie die Wäster aus Friedrichshafen melden, lassen sich die technischen Schwierigkeiten die sich nach den letzten Fahrten des „Z. R. 3“ ergeben haben, allem Anschein nach nicht so schnell lösen, wie man erwartet hatte. Diese Schwierigkeiten machten es fraglich, daß noch in diesem oder im nächsten Monat die Ueberfahrt nach Amerika angetreten werden kann. Ein Blatt will wissen, daß die Amerikafahrt erst im Dezember stattfinden soll.

Flugzeuge für das Volk.

In Leeds wird gegenwärtig ein Flugzeug gebaut, dessen Motoren nur 25 Pferdekrafte entwickeln. Die Flügel können abmontiert und das Flugzeug kann somit leicht in einer Autogarage untergebracht werden. Die Länge des Apparates beträgt nicht mehr als die eines Automobils. Das Flugzeug kann zwei Personen an Bord nehmen. Der Verkaufspreis beträgt 300 Pfund Sterling. Die Konstrukteure sind der Meinung, damit das Problem des volkstümlichen Flugzeuges gelöst zu haben.

Politische Rundschau.

Die Zwilauer Sozialdemokraten in der Opposition.

In einer Konferenz der sozialdemokratischen Partei Zwilau Stadt und Land wurde nach dem Referat des früheren Ministers Geaupe ein Antrag angenommen, der für die Auflösung des Landtages spricht. Ferner wurde die Beendigung des Genossen Boegner gefordert und eine Entschädigung angenommen, in der die politische Verwaltungspolitik hinsichtlich der Besetzung von Sozialdemokraten aus leitenden Stellen als eine Gefahr für die Demokratie bezeichnet wird. Der Landtagstag, der Ende Oktober in Zwilau stattfinden soll, wird aufgefordert, mit dieser Politik zu brechen und den Wählern die eigene Verantwortung für den Staat und dessen Politik zu übergeben.

Scheidemanns Widen ungegültig.

Kassel, 19. Sept. Wie das hiesige Nachrichtenamt meldet, sind in der Magistratsitzung die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auf Befreiung des Oberbürgermeisters Scheidemann und des Stadtschulzen Hofenrod in den einseitigen Ruderhand gemäß § 88 der Stadtverordnetenordnung als ungesetzlich beanstandet worden.

denfalls mit
den Montag
at und (skr.
benstod, neue
wegen aus-
H. Wessa
Gerrfurth
d. O. Aus.
ermitt
stücke
kultur-
Höhe
einde
die
a der
von
lichen
tsgeid
Aue
aues
st ein und
vorstand
St. 1. Vorf.
retosegn.
Leistungen
einlein.
und frische
en
auf der
Niegen-
u. f. w.
schaft von
in, Aue,
u. Aue,
u. Zeile.
en in ben
Aue.
nenda 8 Uhr
tlung
sttelle
ne weibliche
werden, wenn
it hat, Koch-
vorhanden.
„U. T. 100“
„Niederlegen“
„Lustowisch“
be Familie
n bilden,
r. Anaben
ke Wäge
annehmen?
U. T. 1000
sticht erbt.
W. W. W.
erg, W. W.
mbin, wird
tiger
der (in)
lung (stall
u. H.
gnanten-
1919 unter
dell Wessa,